



Tarifrunde 2010

BUND und VKA

Tarifinfo 04/10
01.03.2010

GdP-TARIFINFORMATION

Tarifabschluss trotz schwieriger Zeiten

Die Schlichtung nach den gescheiterten Verhandlungen in der Tarifrunde 2010 mit Bund und VKA fand vom Sonntag (21. Februar 2010) bis zum Donnerstag (25. Februar 2010) statt.

Nachdem am 25. Februar der einvernehmliche Schlichterspruch vorgelegt wurde, fand ab dem 26. Februar die vierte Verhandlungsrunde für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen statt. Am 27. Februar hatten sich Gewerkschaften und Arbeitgeber dann auf ein Verhandlungsergebnis verständigt.

Hier einige der wesentlichen Punkte im Überblick (die komplette Tarifeinigung ist als Anlage beigefügt):

Lineare Erhöhung schrittweise auf 2,3 %

- ab 1. Januar 2010 um 1,2 v. H.
- ab 1. Januar 2011 um weitere 0,6 v. H.
- ab 1. August 2011 um weitere 0,5 v. H.

Einmalzahlung

Im Januar 2011 erhalten die Beschäftigten eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 240 Euro. Teilzeitbeschäftigten wird die einmalige Sonderzahlung anteilig gezahlt.

Erhöhung des Leistungsentgelts bei der VKA

Das Volumen für das Leistungsentgelt gem. § 18 (VKA) Abs. 3 S. 1 TVöD erhöht sich

- für das Jahr 2010 von 1,0 v. H. auf 1,25 v. H.
- für das Jahr 2011 von 1,25 v. H. auf 1,5 v. H.
- für das Jahr 2012 von 1,5 v. H. auf 1,75 v. H.
- für das Jahr 2013 von 1,75 v. H. auf 2,0 v. H.

Auszubildende

Die Ausbildungsentgelte erhöhen sich entsprechend der Ziff. 1.

Die Auszubildenden erhalten eine Sonderzahlung von 50 Euro im Januar 2011.

Eine Regelung für die Übernahme der Auszubildenden wurde festgelegt (Näheres s. Anlage).

Flexible Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte

Die Tarifvertragsparteien vereinbaren die in der Anlage 1 der beigefügten Anlage aufgeführten Regelungen für flexible Arbeitszeiten für ältere Beschäftigte.

Entgeltordnung zum TVöD

Eine Prozessvereinbarung zur Fortführung der Tarifverhandlungen über eine Entgeltordnung zum TVöD wurde durchgesetzt.

Es wurde weiterhin ein Pauschalausgleich für neu eingestellte Beschäftigte und Wechsler ab dem 01.10.2005 vereinbart sowie eine Verlängerung des bisherigen Übergangsrechts und eine Erhöhung der Garantiebeträge (Näheres s. Anlage).

Laufzeit

26 Monate

Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg:

„Mit diesem Verhandlungsergebnis ist es uns gelungen, eine Nullrunde zu verhindern und den Arbeitgebern die Tür für Einkommenskürzungen zu verriegeln.“ ...

„Damit haben sich die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes der durchschnittlichen Einkommensentwicklung in den anderen Branchen angenähert. Das ist angesichts einer drohenden Nullrunde ein vertretbares Ergebnis. Wir werden auch in Zukunft verhindern müssen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Opfer einer verfehlten Finanz- und Haushaltspolitik werden.“

Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und kommunalen Arbeitgebern

Teil A Gemeinsame Regelungen für Bund und VKA

I. Entgelt

1. Lineare Erhöhung

Die Tabellenentgelte (einschließlich der Beträge aus einer individuellen Zwischenstufe und aus einer individuellen Endstufe sowie der Tabellenwerte für die Entgeltgruppen 2Ü und 15 Ü) werden

- ab 1. Januar 2010 um 1,2 v.H.,
- ab 1. Januar 2011 um weitere 0,6 v.H. und
- ab 1. August 2011 um weitere 0,5 v.H.

erhöht.

2. Soziale Komponente

Im Januar 2011 erhalten die Beschäftigten als soziale Komponente eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 240 Euro.

Teilzeitbeschäftigten wird die einmalige Sonderzahlung anteilig gezahlt.

3. Erhöhung des Leistungsentgelts

Das Volumen für das Leistungsentgelt gemäß § 18 (VKA) Abs. 3 S. 1 TVöD erhöht sich

- für das Jahr 2010 von 1,0 v.H. auf 1,25 v.H.,
- für das Jahr 2011 von 1,25 v.H. auf 1,5 v.H.,
- für das Jahr 2012 von 1,5 v.H. auf 1,75 v.H. und
- für das Jahr 2013 von 1,75 v.H. auf 2,0 v.H.

4. Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten

Die Ausbildungsentgelte, sowie die Entgelte der Praktikantinnen und Praktikanten erhöhen sich entsprechend der Ziff. 1.

Die Auszubildenden, Praktikantinnen und Praktikanten erhalten eine Sonderzahlung in Höhe von 50 Euro im Januar 2011.

II. Übernahme von Auszubildenden

Auszubildende nach dem TVAöD - Besonderer Teil BBiG – werden bei dienstlichem bzw. betrieblichem Bedarf nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung mindestens mit der Abschlussnote „befriedigend“ im unmittelbaren Anschluss an das Ausbildungsverhältnis für die Dauer von zwölf Monaten in ein Arbeitsverhältnis übernommen, sofern nicht im Einzelfall personenbedingte, verhaltensbedingte, betriebsbedingte oder gesetzliche Gründe entgegenstehen. Bei einer Auswahlentscheidung sind die Ergebnisse der Abschlussprüfung und die persönliche Eignung zu berücksichtigen.

Für die hiervon nicht erfassten Auszubildenden wirken die Tarifvertragsparteien darauf hin, dass sie nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung im unmittelbaren Anschluss an das Ausbildungsverhältnis für die Dauer von zwölf Monaten in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden, sofern nicht im Einzelfall personenbedingte, verhaltensbedingte, betriebsbedingte oder gesetzliche Gründe entgegenstehen.

III. Flexible Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte

Die Tarifvertragsparteien vereinbaren die in der **Anlage 1** aufgeführten Regelungen für flexible Arbeitszeiten für ältere Beschäftigte.

IV. Entgeltordnung zum TVöD

1. Prozessvereinbarung

Die Tarifvertragsparteien vereinbaren die in der **Anlage 2** beigefügte Prozessvereinbarung zur Fortführung der Tarifverhandlungen über eine Entgeltordnung zum TVöD.

2. Pauschalausgleich für neu eingestellte Beschäftigte und Wechsler ab dem 1. Oktober 2005

- (1) Für das Jahr 2010 erhalten Beschäftigte im Sinne des § 38 Abs. 5 Satz 1 TVöD, die am 31. Dezember 2009 in den Entgeltgruppen 2 bis 8 nach § 17 Abs. 1 und 7 TVÜ-Bund / TVÜ-VKA in Verbindung mit Anlage 3 TVÜ-VKA / Anlage 4 TVÜ-Bund eingruppiert waren und deren Arbeitsverhältnis in der Zeit vom 1. Oktober 2005 bis zum 31. Dezember 2009 begonnen hat, eine einmalige Pauschalzahlung in Höhe von 250 Euro, fällig mit dem

Entgelt für den Monat Juli 2010, sofern sie für mindestens einen Tag im Jahr 2010 bis zum 31. Juli 2010 Anspruch auf Entgelt haben und das Arbeitsverhältnis zu diesem Zeitpunkt besteht.

- (2) ¹Die Pauschalzahlung nach Absatz 1 erhalten auch Beschäftigte, die die Voraussetzungen eines Tätigkeitsmerkmals erfüllen, das einen Aufstieg nach einer Dauer von längstens einem Jahr vorsieht, sofern das Arbeitsverhältnis spätestens am 1. Juli 2010 begonnen hat, es sei denn, die Beschäftigten sind bereits entsprechend der Aufstiegsgruppe eingruppiert. ²Voraussetzung ist, dass das Arbeitsverhältnis am 30. September 2010 fortbesteht. ³Die Pauschalzahlung ist im September 2010 fällig.
- (3) Teilzeitbeschäftigte erhalten die Pauschalzahlung anteilig entsprechend dem Umfang ihrer Arbeitszeit am 31. Dezember 2009 in den Fällen des Absatzes 1 und entsprechend dem Umfang ihrer Arbeitszeit am 1. Juli 2010 in den Fällen des Absatzes 2.
- (4) Keine Pauschalzahlung erhalten Beschäftigte im Sinne des § 38 Abs. 5 Satz 2 TVöD und – im Bereich der VKA – Beschäftigte, die unter die Anlage 4 TVÜ-VKA fallen, sowie Beschäftigte, auf die am 31. Dezember 2009 die Anlage C (VKA) zum TVöD (Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst) Anwendung gefunden hat.
- (5) ¹Die Absätze 1 und 3 gelten auf Antrag entsprechend für nach § 3 TVÜ-VKA / TVÜ-Bund am 1. Oktober 2005 in den TVöD übergeleitete Beschäftigte, denen in der Zeit vom 1. Oktober 2005 bis 31. Dezember 2009 eine andere Tätigkeit übertragen ist, die zu einem neuen Eingruppierungsvorgang im Sinne der Anlage 3 TVÜ-VKA / Anlage 4 TVÜ-Bund geführt hat. ²Die Absätze 3 und 4 gelten entsprechend. ³Satz 1 gilt nicht für Beschäftigte, die von ihrem Antragsrecht nach § 28a Abs. 7 TVÜ-VKA keinen Gebrauch gemacht haben.

Protokollerklärung zu Absatz 1

wie Protokollerklärung zu § 2 Abs. 1 TV Sonderzahlung 2009

3. Verlängerung des bisherigen Übergangsrechts

§ 8 Abs. 3 sowie § 9 Abs. 2a und Abs. 3 Buchst. b und c TVÜ-VKA / TVÜ-Bund werden bis zum 29. Februar 2012 verlängert.

4. Garantiebeträge

Die Garantiebeträge gemäß § 17 Abs. 4 Satz 2 TVöD werden mit Wirkung vom 1. Januar 2010 von 30 auf 50 Euro bzw. von 60 auf 80 Euro angehoben.

V. „Tarifpflege“

Die Tarifvertragsparteien verabreden die Führung regelmäßiger Termingespräche mindestens einmal jährlich. Über den Verlauf der Termingespräche und deren Ergebnisse informieren die Tarifvertragsparteien ihre Mitglieder.

Die Tarifvertragsparteien verabreden, im unmittelbaren Anschluss an die Tarifrunde 2010 ein Termingespräch zu führen.

VI. Mindestlaufzeit

Die Mindestlaufzeit für vorstehende Punkte I. – V. mit Ausnahme des Punktes I.3. ist bis zum 29. Februar 2012.

VII. Maßregelungsklausel

Die Arbeitgebervertreter erklären, dass von Maßregelungen (Abmahnung, Entlassungen o. ä.) aus Anlass gewerkschaftlicher Warnstreiks, die bis einschließlich 12. Februar 2010, 24:00 Uhr, durchgeführt wurden, abgesehen wird, wenn sich die Teilnahme an diesen Warnstreiks im Rahmen der Regelungen für rechtmäßige Arbeitskämpfe gehalten hat.

Teil B Besondere Regelungen für den Bund

I. Bundeswehrkrankenhäuser

Für Beschäftigte in Bundeswehrkrankenhäusern, die im Pflegedienst tätig sind, sowie für die dort tätigen Ärzte gemäß § 46 Nr. 18 TVöD BT-V gilt Teil A Abschnitt I. dieser Einigungsempfehlung entsprechend.

II. Schiffsbesatzungen

Über eine Anschlussregelung für Schiffsbesatzungen wird abschließend bis zum 30. November 2010 verhandelt.

Teil C
Besondere Regelungen für die VKA

I. Krankenhäuser

Es gelten die besonderen Regelungen der **Anlage 3**.

II. Versorgungsbetriebe

Es gelten die besonderen Regelungen der **Anlage 4**.

III. Nahverkehrsbetriebe

Es gelten die besonderen Regelungen der **Anlage 5**.

Teil D
Schlusserklärung

Die betroffenen Tarifverträge werden mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt.

Erklärungsfrist bis zum 22. März 2010.

Potsdam, den 27. Februar 2010

Flexible Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte

¹Ziel der Vereinbarung ist, die besonderen Belange älterer Beschäftigter zu berücksichtigen und ihnen einen flexiblen Eintritt in den Ruhestand sowie eine längere Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen. ²Hierzu wird folgendes vereinbart:

- a) ¹Altersteilzeit im Sinne des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG) kann ohne Einräumung eines Rechtsanspruchs in Restrukturierungs-/Stellenabbau Bereichen auf Antrag der/des Beschäftigten bei dienstlichem bzw. betrieblichem Bedarf ab dem 60. Lebensjahr im Teilzeit- oder Blockmodell längstens für fünf Jahre vereinbart werden. ²Die Beschäftigten erhalten einen Aufstockungsbetrag in Höhe von 20 % des Regelarbeitsentgelts nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a) AltTZG.¹
- b) ¹Für 2,5 % der Tarifbeschäftigten eines Ressorts (mit den Geschäftsbereichsbehörden) [im Bereich der VKA: einer Verwaltung bzw. eines Betriebes] wird die Möglichkeit eröffnet, ab dem 60. Lebensjahr Altersteilzeit im Sinne des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG) in Anspruch zu nehmen. ²Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn und solange 2,5 % der Tarifbeschäftigten eines Ressorts (mit den Geschäftsbereichsbehörden) [im Bereich der VKA: einer Verwaltung bzw. eines Betriebes] von einer Altersteilzeitregelung im Sinne des AltTZG Gebrauch machen. ³Maßgeblich für die Berechnung der Quote ist die Anzahl der Tarifbeschäftigten mit Ausnahme der Auszubildenden zum Stichtag 30.6. des Vorjahres (Meldung an statistisches Bundesamt). ⁴Die Altersteilzeit kann im Teilzeit- oder Blockmodell längstens für fünf Jahre vereinbart werden. ⁵Für die Höhe des Aufstockungsbetrages gilt Buchstabe a) Satz 2. ⁶Der Arbeitgeber kann ausnahmsweise die Vereinbarung mit einer/einem Anspruchsberechtigten ablehnen, soweit dienstliche oder betriebliche Gründe entgegenstehen.
- c) ¹Im Bereich der VKA wird Näheres zur Altersteilzeit nach Buchstabe b in einer Dienst- bzw. Betriebsvereinbarung geregelt. ²Die Dienst- oder Betriebsvereinbarung nach Satz 1 kann abweichende Regelungen von Buchstabe a oder b enthalten.
- d) ¹ Die Arbeitgeber ergreifen bei Bedarf Maßnahmen zur Qualifizierung im Sinne von § 5 TVöD, die die Beschäftigten befähigen, auch über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten zu können.
- e) ¹Älteren Beschäftigten wird in einem Modell der Flexiblen Alterszeitregelung (FALTER) ein gleitender Übergang in den Ruhestand bei gleichzeitig längerer Teilhabe am Berufsleben ermöglicht. ²Das Modell sieht vor, dass die Beschäftigten über einen Zeitraum von vier Jahren ihre Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit reduzieren und gleichzeitig eine Teilrente in Höhe von

¹ Diese Regelung gilt auch für künftige Vereinbarungen von Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte der Bundeswehr, die nach dem 31.12.2009 abgeschlossen werden.

50 % der jeweiligen Altersrente beziehen. ³Die reduzierte Arbeitsphase beginnt zwei Jahre vor Erreichen des Kalendermonats, für den die/der Beschäftigte eine abschlagsfreie Altersrente in Anspruch nehmen kann und geht zwei Jahre über diese Altersgrenze hinaus. ⁴Die Beschäftigten erhalten nach Erreichen der Altersgrenze für eine abschlagsfreie Altersrente einen Anschlussarbeitsvertrag für zwei Jahre unter der Bedingung, dass das Arbeitsverhältnis mit der Inanspruchnahme einer mehr als hälftigen Teilrente oder einer Vollrente endet. ⁵Auf die Vereinbarung von FALTER besteht kein Rechtsanspruch.

- f) Die Regelungen gelten für die Beschäftigten, die bis zum 31.12.2016 die tariflichen Voraussetzungen erfüllen und deren Altersteilzeit/Bezug der Teilrente vor dem 1.1.2017 begonnen hat.
- g) Vorstehende Regelung gilt unter Berücksichtigung ggf. abweichender Regelungen in einzelnen TV-N in Nahverkehrsunternehmen bis zum Abschluss eines Tarifvertrages zum demographischen Wandel, jedoch längstens bis zum 30. Juni 2011.

**Prozessvereinbarung zu den
Tarifverhandlungen über eine Entgeltordnung zum TVöD**

Die Tarifvertragsparteien stimmen darin überein, die Tarifverhandlungen über eine Entgeltordnung zum TVöD unverzüglich nach Abschluss der Tarifrunde 2010 mit folgenden Maßgaben fortzusetzen:

1. Grundlage der Verhandlungen sind die bisherigen Eingruppierungsgrundsätze, die Tätigkeitsmerkmale des Allgemeinen Teils der Anlage 1a zum BAT und die zusätzlichen Tätigkeitsmerkmale für bestimmte Angestelltengruppen (einschließlich der Anlage 1b zum BAT) und die Eingruppierungsmerkmale der Arbeiterinnen und Arbeiter im Bereich der VKA und des Bundes, aus denen allgemeine Merkmale, Beispiele und Funktionsmerkmale (Strukturelemente) für den besonderen Bedarf der Bundesverwaltung und der kommunalen Verwaltungen und Betriebe zu entwickeln sind.
2. Die Entgeltordnung ist diskriminierungsfrei zu gestalten.
3. Es wird ein einheitliches Eingruppierungsrecht für die früheren Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter geschaffen.
4. Die Entgeltordnung soll allgemeine berufliche Entwicklungen berücksichtigen.
5. ¹Die Entgeltordnung beruht auf dem System des TVöD. ²Für den Bereich der VKA ist festzulegen, wie die Regelungskompetenz der landesbezirklichen Ebene ausgestaltet werden soll.
6. Zur Einbeziehung von Lehrkräften in die Entgeltordnung werden Verhandlungen aufgenommen, wenn die TdL die Eingruppierung der Lehrkräfte tarifvertraglich vereinbart hat.
7. Im Jahr 2010 werden folgende Schritte durchgeführt:
 - a) ¹Durchsicht und Analyse aller vorhandenen Eingruppierungsmerkmale der
 - Anlage 1a zum BAT,
 - Anlage 1b zum BAT,
 - Lohngruppenverzeichnisse im Bereich der VKA und des Bundes und
 - sonstige tarifvertragliche Eingruppierungsregelungen des Bundes
 mit dem Ziel der Feststellung ihrer weiteren Relevanz (Beibehaltung, Streichung, Aktualisierung oder Ergänzung). ²Die Lohngruppenverzeich-

nisse der Mitgliedverbände der VKA werden zunächst auf landesbezirklicher Ebene durchgesehen und analysiert.

- b) Auf Basis der gemeinsamen Ergebnisse zu Buchst. a Einigung über Grundfragen und Struktur der Entgeltordnung, insbesondere über den Aufbau des Allgemeinen Teils und der Besonderen Teile mit den Strukturelementen und spartenbezogene Merkmale (auch hinsichtlich etwaiger Differenzierungen), auf deren Basis die weiteren Verhandlungen zu führen sind.
 - c) Verständigung auf die in den TVöD aufzunehmenden zentralen Eingruppierungsvorschriften (§§ 12, 13 TVöD).
 - d) Formulierung der allgemeinen Tätigkeitsmerkmale.
 - e) Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011: Vorläufige Zuordnung von Tätigkeitsmerkmalen der Anlage 1a zum BAT mit Aufstiegen und/oder Vergütungsgruppenzulagen, die nach der Anlage 3 TVÜ-VKA bzw. der Anlage 4 TVÜ-Bund von der Anlage 1 TVÜ-VKA bzw. der Anlage 2 TVÜ-Bund abweichen und zu einer Eingruppierung in die Entgeltgruppen 2 bis 8 führen, unter Berücksichtigung der Formulierung der allgemeinen Tätigkeitsmerkmale nach Buchst. d.
8. ¹Es wird eine Steuerungsgruppe auf Spitzenebene gebildet. ²Ihr gehören zu gleichen Teilen Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften an. ³Sie soll die Arbeitsschritte koordinieren, den erreichten Verhandlungsstand bewerten, offene Fragen klären und weitere Verhandlungsschritte festlegen.
 9. Nach Einigung der Tarifvertragsparteien über eine Entgeltordnung legt die Steuerungsgruppe fest, ob und wie die Auswirkungen der Entgeltordnung vor Inkrafttreten erprobt werden.
 10. ¹Die Steuerungsgruppe verständigt sich bis zum 31. Dezember 2010 auf einen Zeitplan für die weiteren Verhandlungen über die einzelnen Berufsgruppen, Tätigkeitsfelder und Spartenspezifika im Bereich der VKA und das angestrebte Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung. ²Ist über den in Nr. 7 Buchst. e der Prozessvereinbarung aufgeführten Punkt nicht bis zum 31. Dezember 2010 zwischen den Tarifvertragsparteien Einvernehmen hergestellt, wird sich die Steuerungsgruppe über eine beiderseitig interessengerechte Lösung verständigen.
 11. VKA und Bund weisen auf die Notwendigkeit der Kostenneutralität hin.
 12. Die Gewerkschaften weisen auf die Erforderlichkeit hin, mit der Entgeltordnung insgesamt mindestens das nach früherem Recht geltende Eingruppierungsniveau zu erhalten.

Besondere Regelungen für Krankenhäuser

1. ¹Die Bereitschaftsdienstentgelte der Anlagen G zu § 46 Abs. 4 BT-K und BT-B werden

- ab 1. Januar 2010 um 1,2 v.H.,
- ab 1. Januar 2011 um 0,6 v.H.,
- ab 1. August 2011 um 0,5 v.H.

erhöht.

²Die Beträge der Bereitschaftsdienstentgelte der Anlagen G zu § 46 Abs. 4 BT-K und BT-B verändern sich ab 1. März 2012 um denselben Vomhundertsatz wie die Tabellenwerte der Anlagen A zu § 52 Abs. 1 BT-K.

2. Der Nachtzuschlag gem. § 50 Buchst. a BT-K beträgt 15 v.H. des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Tabellenentgelts der Stufe 3 der jeweiligen Entgeltgruppe.
3. ¹Das Leistungsentgelt für das Jahr 2010 wird mit dem Leistungsentgelt für das Jahr 2011 ausgezahlt (daraus ergibt sich ein Gesamtvolumen für das Jahr 2011 in Höhe von 0,75 v.H.). ²Bestehende betriebliche Systeme bleiben unberührt.
4. Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, Verhandlungen zum Zweck der Sicherung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit und damit der Vermeidung wirtschaftlicher Notlagen auf der Basis des TV ZUSI vom 23. August 2005 aufzunehmen.

Besondere Regelungen für Versorgungsbetriebe (TV-V)

1. ¹Zur Umsetzung von Teil A Abschnitt I Nr. 1 und 3 werden neben der Gewährung der einmaligen Sonderzahlung in Höhe von 240 Euro² im Januar 2011 (Teil A Abschnitt I Nr. 2) die Tabellenentgelte, individuellen Zwischenstufen und individuellen Endstufen sowie die Wechselschicht- und Schichtzulagen (§ 10 Abs. 7 und 8 TV-V)

- ab 1. Januar 2010 um 2,1 v.H. und
- ab 1. Januar 2011 um weitere 1,6 v.H.

erhöht.

²Die Tarifvertragsparteien sind sich darüber einig, dass weitere Erhöhungen des Gesamtvolumens für das Leistungsentgelt (§ 18 (VKA) TVöD) keine Auswirkungen auf die künftige Entgeltfindung des TV-V haben.

2. § 17 Abs. 2 Satz 2 TV-V erhält ab 1. März 2012 folgende Fassung:

„Der in Satz 1 genannte Betrag erhöht sich auf 26 Euro je Monat, wenn der Arbeitnehmer die vermögenswirksame Leistung gemäß § 4 Satz 2 Buchst. c TV-EUmw/VKA im Rahmen der Entgeltumwandlung verwendet.“

3. Die Wechselschicht- und Schichtzulagen gemäß § 10 Abs. 5 und 6 TV-V werden mit Wirkung vom 1. Januar 2010 wie die Wechselschicht- und Schichtzulagen gemäß § 10 Abs. 7 und 8 TV-V dynamisiert.
4. § 22 Abs. 13 und § 22a Abs. 13 TV-V treten mit Ablauf des 30. Juni 2010 außer Kraft.
5. Die Tarifvertragsparteien wirken darauf hin, dass in den Landesbezirken, in denen bislang kein Tarifvertrag gemäß § 12 Abs. 4 TV-V vereinbart worden ist, umgehend Tarifverhandlungen aufgenommen werden, die bis zum 30. Juni 2011 abgeschlossen werden sollen.

² Teilzeitbeschäftigte anteilig.

6. ¹Die Tarifvertragsparteien werden unmittelbar nach Abschluss der Tarifrunde 2010 Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, eine Vereinbarung über die Einbeziehung der Müllheizkraftwerke in den Geltungsbereich des TV-V zu treffen. ²Zur Vorbereitung dieser Gespräche werden zunächst die Anzahl und die Rechtsform der in Betracht kommenden Betriebe sowie die (etwaige) Tarifbindung der dortigen Beschäftigten ermittelt.

7. Die Tarifvertragsparteien gehen übereinstimmend davon aus, dass von Versorgungsbetrieben neu gegründete Gesellschaften, die weiterhin überwiegend originäre Aufgaben gemäß § 1 Abs. 1 TV-V wahrnehmen (insbesondere Netz- und Netzservicegesellschaften), dem fachlichen Geltungsbereich des TV-V unterfallen.

Besondere Regelungen für Nahverkehrsbetriebe

im Bereich der Kommunalen Arbeitgeberverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen

I Lineare Erhöhung

1. Die Erhöhung der Entgelte nach Teil A Abschnitt I 1 bis 3 wird nach den Regelungen des jeweiligen TV-N unter Einhaltung der nachfolgenden Ziffer 2 vorgenommen.
2. Einheitliche Umsetzung
 - a) Die VKA nimmt die entsprechenden Mitglieder (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen) ab dem Abschluss eines entsprechenden Tarifvertrages satzungsrechtlich in die Pflicht, die folgenden Punkte ohne eigenständige Tarifverhandlungen gleichsam „notariell wirkungsgleich“ entsprechend umzusetzen.
 - b) In Nordrhein-Westfalen werden die Tarifvertragsparteien die Entgelte nach Teil A Abschnitt I Nr. 3 als Entgelt nach § 7 Abs. 7 TV-N NW übertragen. Die anderen in die Tarifrunde 2010 einbezogenen Bereiche werden die Übertragung landesbezirklich bis zum 31. Juli 2010 regeln. Dabei können auch die Themen bezahlte Freistellung an Heiligabend und Silvester bzw. Zusatzurlaub für ständige Nachtarbeiter behandelt werden.

II Weitere Regelungen

1. In entsprechender Umsetzung von Teil A Abschnitt IV Nr. 2 erhalten alle Arbeitnehmer, die unter den Geltungsbereich eines in Abschnitt I Nr. 2 Buchst. a aufgeführten TV-N fallen, eine einmalige Pauschalzahlung in Höhe von 70 Euro, fällig mit dem Entgelt im Monat Juli 2010, sofern sie für mindestens einen Tag im Jahr 2010 bis zum 31. Juli 2010 Anspruch auf Entgelt haben und das Arbeitsverhältnis zu diesem Zeitpunkt besteht.

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhalten die Pauschalzahlung anteilig entsprechend dem Umfang ihrer Arbeitszeit am 31. Dezember 2009.

Im Übrigen gilt die Protokollerklärung zu § 2 Abs. 1 TV Sonderzahlung 2009 entsprechend.

2. In einem Tarifvertrag zur demographischen Entwicklung im Nahverkehr wird auch über eine Anrechnung der Zeit als Arbeitszeit für die Schulung (Mindestqualifizierung) nach dem Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetz verhandelt.

Erklärung zum Einigungspapier:**A. Zu Teil A Ziffer V.**

Die Gewerkschaften benennen für das erste Gespräch zur Weiterentwicklung des Tarifrechts folgende Themen:

1. Stufenlaufzeit Stufe 1 und unschädliche Unterbrechung bei Lehrkräften (entsprechend TV-L),
2. Lehrerzulage bei den Bundesschulen,
3. Regelungen zu den Lehrkräften abschließend bis zum 31. Juli 2010 tarifvertraglich zu bestimmen,
4. Anschlussregelung zum TV-UmBW.

B. Leistungsgeminderte Beschäftigte:

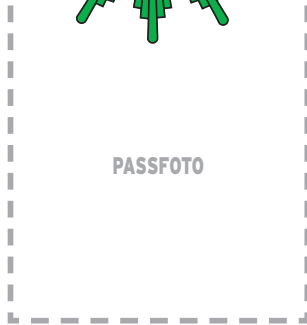
Die Tarifvertragsparteien werden im Termingespräch erörtern, wie mit den offenen Fragen der Protokollerklärung zum 3. Abschnitt des TVÜ-VKA/TVÜ-Bund umgegangen wird und ob eine Zwischenlösung bis zur endgültigen Regelung erfolgen kann.



BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei bei, deren Satzung ich anerkenne.

Bitte ausfüllen und anschließend unterschrieben an den Landesbezirk oder die entsprechende Untergliederung senden!



Ich ermächtige die **Gewerkschaft der Polizei** und die in ihrem Auftrag handelnde Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, die in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Daten zu speichern, soweit dies zur üblichen Betreuung des Ermächtigenden oder zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Umzugsfalle meine neue Adresse an den Verleger der Mitgliedszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI weiterleitet.

LB _____
MITGLIEDSNUMMER _____

LANDESBEZIRK

ANREDE

HERR

FRAU

TITEL

NAME/VORNAME

GEBURTSDATUM

STRASSE UND HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL/ORT

BUNDESLAND

BANKVERBINDUNG

BANKLEITZAHL

KONTONUMMER

GEWERKSCHAFTSBEITRITT/KREISGRUPPE

STATUS

BEAMTE(R)

TARIFBESCHÄFTIGTE(R)

BEI: SCHUPO/KRIPO/VERW./BEPO/WASSERSCHUTZ/ETC.

TEILZEIT

NEIN

JA

_____ STD/WOCHE

BESOLDUNGS-, VERGÜTUNGS-, LOHN-, ENTGELTGRUPPE

BISHERIGE MITGLIEDSCHAFT
IN ANDEREN GEWERKSCHAFTEN

von/bis:

TELEFON

Privat:

Dienstlich:

MOBILTELEFON

Privat:

Dienstlich:

TELEFAX

Privat:

Dienstlich:

E-MAIL

Privat:

Dienstlich:

Abbuchung ab:

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich die **Gewerkschaft der Polizei** - bis auf Widerruf -, den Gewerkschaftsbeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit (1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November) zu Lasten meines oben stehend bezeichneten Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der konföhrhenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Aufgenommen durch:

Name

Mitgliedsnummer Werber

ORT

DATUM

UNTERSCHRIFT